

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2015 / Ausgabe 128 - 27. Februar 2015



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,  
LIEBE FREUNDE,**

*heute hat der Bundestag namentlich über den Antrag „Finanzhilfen zugunsten Griechenlands; Verlängerung der Stabilitätshilfe“ abgestimmt. Ich habe wie angekündigt gegen den Antrag gestimmt. Meine Fraktion hat mir dankenswerterweise Redezeit eingeräumt, sodass ich meine Beweggründe für meine Ablehnung im Plenum vortragen konnte. Meinen Redebeitrag können Sie sich hier noch einmal anschauen:*

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch/>

---

*„Schauen Sie sich Tsipras an, schauen Sie sich Varoufakis an! Würden Sie von denen einen Gebrauchtwagen kaufen? Wenn die Antwort darauf Nein lautet, dann stimmen Sie auch heute mit Nein. Das Elend wird sonst weitergehen.“ (Auszug aus meiner Rede, lesen Sie weiter auf Seite 2)*

---

## IN DIESER AUSGABE

*Meine Rede zu Griechenland*

*Gastbeitrag im Handelsblatt*

*Marshallplan für Griechenland?*

*Griechenland 3*

Letztendlich haben 29 Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie ich mit „Nein“ gestimmt; drei haben sich enthalten. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung können Sie unter diesem Link anschauen:

<http://www.bundestag.de/abstimmung>

In den letzten Tagen haben mich unzählige E-Mails, Briefe und Anrufe erreicht, die mich darin bestärkt haben, bei meinem Kurs zu bleiben. Mir fehlen leider Zeit und personelle Kapazitäten, um allen antworten zu können. Sie können jedoch sicher sein, dass ich alle Zuschriften persönlich lese. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)  
[www.klaus-peter-willsch.de](http://www.klaus-peter-willsch.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## REDE IM WORTLAUT

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird sich gleich zeigen, dass ich nicht für die Mehrheit, sondern für eine Minderheit in meiner Fraktion spreche. Ich bin dankbar, dass das möglich ist.

Herr Schäfer, bei allem Verständnis für den Versuch, sich in staatsmännische Pose zu werfen, darf man bei dem Thema eines nicht vergessen: Wir reden erneut über Griechenland, das einen Anteil von zwei Prozent an der Wirtschaftskraft der Euro-Zone hat. Die Probleme, die in Griechenland bestehen, hängen damit zusammen, dass Regierungen über Jahrzehnte in verantwortungsloser Weise missgewirtschaftet und Schulden gemacht haben, ohne zu fragen, ob es ein Morgen gibt. Das ist das Problem, über das wir uns unterhalten müssen.

Bemerkenswert war im Rahmen der Diskussionen, die wir auf dem Weg zu der heutigen Debatte geführt haben, für mich die Aussage von Finanzminister Schäuble: Wir wissen nicht, wo Griechenland steht. - Das ist auch nachvollziehbar; denn die Troika ist draußen. Wir bekommen keine neutralen Zahlen mehr. Die Regierung hat die Troika rausgeschmissen. Die „Institutionen“ will sie vielleicht wieder reinlassen - es kommt darauf an, was zählt: ob das zählt, was sie in Brüssel oder Berlin sagt, oder das, was sie in Athen sagt.

Wir sind damit wieder in der gleichen Lage, in der wir auch waren, als wir uns fragten, ob Griechenland wohl in die Euro-Zone hineinkommen kann. Wir waren damals auf griechische Zahlen angewiesen, von denen wir heute wissen, dass sie gefälscht waren, grob

gefälscht, um sich den Zugang zur Währungsunion zu erschleichen.

Wir waren erneut auf solche Zahlen angewiesen, als wir über Haushaltsdefizite in Griechenland sprachen und sich nachher herausstellte, dass nicht sechs oder acht, sondern 15 Prozent Defizit zu verzeichnen war. Nun haben wir wieder keinen Zugriff auf die Zahlen, aber wir wissen so einiges, was in den letzten Jahren geschehen ist.

Die Europäische Union und der IWF haben ungefähr 250 Milliarden Euro an Krediten an Griechenland gewährt. Das sind 135 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung Griechenlands. Das sind mehrere Marshallpläne, um das Thema damit gleich zu erledigen. Wir haben einen Schuldenschnitt, den größten in der Finanzgeschichte, in Höhe von 107 Milliarden Euro gewährt. Dazu kommt ein Schuldenschnitt von über 40 Milliarden Euro, der durch Zinserleichterungen und Aufschub von Tilgungsleistungen zustande gekommen ist.

Griechenland weist heute 320 Milliarden Euro Schulden auf. Das entspricht 180 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung und ist dreimal so viel, wie nach den Maastricht-Kriterien zulässig ist. Wo ist denn da die Herrschaft des Rechts in Europa?

Wir haben in Griechenland eine Arbeitslosenquote von 25 Prozent und eine Jugendarbeitslosenquote von 50 Prozent zu verzeichnen.

Ich wiederhole meinen Vorschlag vom Mai 2010: Griechenland muss es außerhalb des Euros versuchen. Die Euro-Zone muss atmen können. Wenn die Abwertung der Währung nicht mehr möglich ist, kann

Wettbewerbsfähigkeit nur durch reale Kürzungen von Löhnen und Preisen erfolgen. Dass das an ein Ende kommt, sehen wir.

Selbst heute, nach dem, was geschehen ist, sind in Griechenland die Lohnkosten noch doppelt so hoch wie in Polen und Slowenien, und die Wettbewerbsfähigkeit liegt darnieder. Es wäre eine Abwertung um mindestens 30 Prozent notwendig, um das zu ändern. Ob eine Regierung aus linksradikalen und rechtsradikalen Populisten so etwas fertigbringt, zeigt sich, wenn wir uns die Bilder anschauen, die uns dieser Tage aus Griechenland erreichen.

Ich will Ihnen nicht vorenthalten, dass ein Onlinedienst aktuell Folgendes meldet: Die Reformpläne seien in Abstimmung mit anderen Euro-Ländern absichtlich unbestimmt formuliert. Sonst würden sie nicht die notwendige Zustimmung der Parlamente der Euro-Länder erhalten, sagte Varoufakis im griechischen Fernsehen. Er bezeichnete dieses Vorgehen als produktive Undeutlichkeit. So viel zu dem, was in Griechenland gesagt wird, und dem, was hier gesagt wird.

Wir sind in der Fastenzeit. Für Christen ist die Fastenzeit eine Zeit der inneren Einkehr oder gar der Umkehr.

Wenn man nicht in die richtige Richtung fährt, macht es keinen Sinn, das Tempo ständig zu erhöhen. Damit entfernt man sich nur weiter vom Ziel. Mein Christentum spendete mir manchmal Trost, wenn ich mit meiner Position ein bisschen allein war.

Im zweiten Buch Mose heißt es: „Du sollst dich nicht der Mehrheit anschließen, wenn sie im Unrecht ist ...“. Das habe ich hinreichend berücksichtigt. Herr Präsident, nun folgt der Schlusssatz für diejenigen, die mit dem Christentum nichts anfangen können,

ein alter Rat aus Wahlkampfzeiten: Schauen Sie sich Tsipras an, schauen Sie sich Varoufakis an! Würden Sie von denen einen Gebrauchtwagen kaufen?

Wenn die Antwort darauf Nein lautet, dann stimmen Sie auch heute mit Nein. Das Elend wird sonst weitergehen. Die nächsten Milliardenzahlungen stehen an. Wir werden mit Blick auf den Juni über ein Volumen von dreißig bis vierzig Milliarden Euro diskutieren. Es wird kein Ende nehmen. Wenn das Wasser an der Oberkante der Unterlippe steht, wird nach neuem, frischem Geld von uns gerufen werden. Es wird kein Ende nehmen. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

### **GASTKOMMENTAR HANDELSBLATT**

Die griechische Regierung hat erneut eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms beantragt. Wir hatten die aktuelle Diskussion in ähnlicher Weise schon einmal Anfang 2012, als das zweite Griechenland-Hilfspaket auf der Agenda stand. Damals betonte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in einem Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dass weitere Hilfen nur dann genehmigt werden könnten, wenn auch die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen konsequent durchgeführt werden. „Nur wenn die dort politisch Verantwortlichen den eingeschlagenen Weg aus eigener Überzeugung vertreten, können die Hilfen der Staatengemeinschaft ihre Wirkung entfalten“, schrieb Schäuble damals. Das ist heute alles Schall und Rauch.

Während die griechischen Regierungen seit Mai 2010 die erforderlichen Reformen verschleppt bzw. Gesetze zwar beschlossen,

aber nicht vollzogen haben, hat die Syriza-Regierung offen das Ende des Reform- und Konsolidierungskurses erklärt. Der Bail-out Griechenlands hat sich als Milchmädchenrechnung erwiesen. Anfangs witterten viele gar noch ein Geschäft durch Zinseinnahmen. Davon ist nach mehrfachen Zinssenkungen und Laufzeitverlängerungen mit jahrelanger Aussetzung der Tilgung keine Rede mehr. Mittlerweile hat Griechenland bei einem BIP von 180 Milliarden Euro fast 240 Milliarden Euro von der europäischen Staatengemeinschaft erhalten. Von Anfang an wurde auf diversen Anhörungen betont, dass man Griechenland einen noch nie dagewesenen Vertrauensvorschuss geben würde. Griechenland hat dieses Vertrauen missbraucht. Gestern wurden wir noch als Nazis beschimpft und wie eine fremde "Besatzungsmacht" geschmäht, heute will man wieder unser Geld.

Die Athener Regierung aus Links- und Rechtsradikalen pokert hoch. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn sie mit dem schlechtesten Blatt als Sieger aus der Runde hervorgehen würde. Alle Reformzusagen, die die griechische Regierung machen wird, sind nichts anderes als ein großer Bluff. Der jetzt von der griechischen Regierung vorgelegte Reformplan ist nichts anderes als eine stark abgeschwächte, unverbindliche Auflistung einzelner Maßnahmen, die bereits in den vergangenen Jahren mit Athen vereinbart worden war. Wenn die Syriza-Regierung nun beispielsweise eine härtere Gangart bei der Besteuerung ankündigt, ist dies der blanke Hohn, wenn man bedenkt, wie oft das griechische Steuersystem ohnehin in den zurückliegenden fünf Jahren grundlegend reformiert worden sein soll.

Die letzten Jahre und insbesondere die Ereignisse seit der Jahreswende haben den Unwillen Griechenlands offenbart. Das griechische Volk hat mit der zurückliegenden Parlamentswahl ein klares Signal gesetzt. Das ist sein gutes Recht, wir nennen das Demokratie. Die neue griechische Regierung hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die getroffenen Vereinbarungen mit seinen Gläubigern nicht einhalten wird. Jetzt steht der neuen griechischen Regierung das Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe, da wird natürlich das Blaue vom Himmel versprochen.

Mir ist schleierhaft, wie sich Griechenland in vier Monaten wieder Geld auf den Finanzmärkten beschaffen soll. Wer jetzt einer Verlängerung zustimmt, kann sich in vier Monaten bereits auf ein neues Hilfsprogramm einstellen. Professor Marcel Fratzscher vom DIW schätzt den griechischen zusätzlichen Kreditbedarf der nächsten drei Jahre auf 30 bis 40 Milliarden Euro. Welches Finanzinstitut dieser Welt soll einem Staat mit diesem Gebaren auch nur einen Euro (zu halbwegs tragbaren Zinsen) leihen? Ich frage meine Kollegen im Deutschen Bundestag: wer von Ihnen würde den Griechen aus seiner Privatschatulle nach den gemachten Erfahrungen seit 2010 auch nur einen Cent leihen?

Von Anfang an habe ich bezweifelt, dass Griechenland in der Lage sein wird, die versprochenen Reformvorhaben umzusetzen. Wir dürfen uns nicht weiter zum Narren halten lassen! Ich werde mit „Nein“ stimmen! Ich hoffe, viele werden es mir gleich tun. Wenn eine ganze Herde Kühe quer im Stall steht, muss sich der Bauer einmal Gedanken machen. Man kann nicht immer das Gleiche tun und hoffen, dass sich etwas ändert. Wie

viele rote Ampeln und Linien will die Bundesregierung noch überfahren, bis sie die eingeschlagene Richtung korrigiert? Schon jetzt ist klar, dass wir vor dem 30. Juni über ein neues Griechenland-Programm entscheiden müssen.

Wir dürfen uns nicht weiter treiben lassen. Nicht Griechenland, nein, wir als Hauptgeldgeber sind Herr des Verfahrens. Das Eingeständnis, dass das Geld verloren ist, tut weh. Aber Hoffnung auf Besserung gibt es nur mit einem richtigen Neuanfang. Griechenland muss aus dem Euro-Währungsgebiet ausscheiden. Über die verschiedenen Kohäsionsfonds der Europäischen Union kann das Land dann weiter auf unsere Solidarität vertrauen, uns aber nicht weiter erpressen.

*Dieser Artikel wurde am 25. Februar 2015 auf Handelsblatt Online veröffentlicht.*

### **BRAUCHEN WIR EINEN NEUEN MARSHALLPLAN?**

Die Rufe Griechenlands nach einem Marshallplan sind ungehörig. In der Europäischen Union ist bereits ein „Marshallplan“ verankert: Es sind die verschiedenen EU-Strukturfonds. Deutschland ist hier seit jeher Nettozahler. Seit der Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 hat Deutschland 98,6 Milliarden Euro mehr in die EU einbezahlt, als wir später herausbekommen haben. Auf der anderen Seite ist Griechenland mit fast 53 Milliarden Euro seit 2002 der zweitgrößte Nettoempfänger. Das ist ein dauerhafter "Marshallplan", den wir in der EU aber Kohäsionspolitik nennen. Das ist auf heutige Kaufkraft umgerechnet fünfmal so viel wie

der gesamte Marshallplan von 1948. Griechenland hat damals übrigens auch Marshallplan-Gelder bekommen. Das Programm hat nicht allein auf Deutschland gezielt. Deutschland erhielt 1,4 Milliarden Dollar. Das war ein Bruchteil unseres damaligen BIP.

Griechenland hat sich mit seiner Schuldenorgie aber selbst einen Morgenthau-Plan verordnet. Die Patente, die z.B. in Griechenland jährlich angemeldet werden, kann man an einer Hand abzählen. Und selbst die griechische Landwirtschaft ist trotz hervorragender klimatischer Bedingungen nicht konkurrenzfähig! Lieber ruft man laut nach Hilfe und beschimpft dann den Retter. Das produziert Gläubigerhass der widerlichsten Art und vergiftet das Klima in Europa.

Rechnet man zu den 53 Milliarden Euro Strukturmitteln für Griechenland noch die etwa 236 Milliarden Euro aus den verschiedenen Rettungspaketen hinzu, hat Griechenland in den letzten Jahren knapp 290 Milliarden Euro bekommen. Das sind 160 Prozent des griechischen BIP, die aus anderen Ländern nach Griechenland geflossen sind. Eigentlich müsste man in Athen jeden Morgen eine Kerze anzünden, dass der deutsche Steuerzahler weiter fleißig Exportüberschüsse erarbeitet, um diese dann mit schlechtem Gewissen an die Defizitsünder weiterzuleiten. Verkehrte Welt!

Die griechische Regierung muss endlich verstehen, dass die Lösung ihres Finanzproblems alleine in Griechenland liegt. In der Geschichte hat es noch nie so große Hilfszahlungen gegeben wie von der europäischen Staatengemeinschaft an Griechenland. Die Hilfen übersteigen die aus dem viel zitierten Marshallplan um ein Vielfaches.

Diesen Beitrag habe ich am 6. Februar 2015 auf meinem Facebook-Auftritt veröffentlicht:

[www.facebook.de/klauspeter.willsch](http://www.facebook.de/klauspeter.willsch)

### GRIECHENLAND 3

Bereits am 18. Dezember 2014 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu ermächtigt, ein drittes Griechenland-Hilfspaket zu erarbeiten. Der Finanzbedarf Athens ist unklar. Selbst die griechische Regierung kann ihn nicht genau beziffern. Es dürften aber viele Milliarden Euro sein, die Griechenland in Form einer vorläufigen Kreditlinie (ECCL) zur Verfügung gestellt werden sollen, wenn sich das Land auf den Finanzmärkten kein Geld besorgen kann. Man muss das Land leider mit einem Alkoholiker vergleichen, der nach einem misslungenen Entzug mit einer Notfallflasche Schnaps aus der Klinik entlassen wird. Auch wenn es heute noch gereicht hat. Ich kämpfe dafür, dass es für das in vier Monaten auslaufende Programm keine Anschlusslösung gibt. Griechenland muss raus aus dem Euro. Man kann nicht dauerhaft Politik entgegen die Mathematik machen!

Ihr

Klaus-Peter Willsch

#### Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

#### Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de).

#### Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

#### Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

#### Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>

